

Antwort

der Bundesregierung

**auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Thomas Seitz, Dr. Christian Wirth, Martin Hess, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der AfD
– Drucksache 20/7953 –**

Mögliche extremistische Äußerungen von Mitgliedern der „Letzten Generation“

Vorbemerkung der Fragesteller

Das Online-Magazin Apollo News berichtete am 24. Juli 2023 erstmalig über die Inhalte interner Chat-Verläufe der Gruppierung „Letzte Generation“ (www.tichyseinblick.de/gastbeitrag/letzte-generation-mitglieder-wollten-sprengstoff-beschaffen/).

Die Chats offenbaren Gewaltbereitschaft und Pläne zum Einsatz mit Sprengstoff. In der offiziell moderierten Chat-Gruppe „Austausch: LG goes Lützi“ werden Mordphantasien und Pläne zu schweren Straftaten, wie das Herbeiführen von Sprengstoffexplosionen, geäußert. In der Gruppe sollen laut Apollo News hochrangige Mitglieder der „Letzten Generation“ sein (s. o.).

Eine Aktivistin, die sich Zoola nennt und laut Apollo News zum inneren Kreis der Bewegung gehört sowie Mutter von Teenagern sein soll, schreibt über Herbert Reul, Innenminister von Nordrhein-Westfalen: „Ich könnt seit Tagen auch nur noch ausrasten. Das die echt noch keiner übern Haufen geschossen hat, ist echt ein wahres Wunder!“ (s. o.).

Weiter schreibt sie: „weisst de was du machen musst?!... Ständiges Besuchen gehen, mit Scheissebeuteln auf die werfen! Nagelbretter auslegen und so weiter und so weiter!! Denn, du siehst wohin Gewaltlosigkeit führt!“ (s. o.).

Laut Apollo News schlägt Zoola schließlich vor, Bagger und Konzern-Zentrale von RWE in Brand zu setzen (s. o.).

Ein weiterer Aktivist, der sich Igor nennt, schreibt daraufhin, laut Apollo News: „Das Zeug brennt nicht gut, glaub mir der Bagger ist aus Eisen und das Büro aus Ziegel“. Er schreibt: „Wer von euch kennt sich mit Sprengstoff aus? Bitte welchen besorgen“. Als sich niemand meldet, schließt er an: „Sonst kauf ich welchen im Darknet“ (s. o.).

Distanzierungen von diesen Äußerungen seien laut Apollo News nur zaghaft erfolgt. So habe ein Nutzer gewarnt, die Worte seien „unter Umständen auch strafrechtlich relevant.“ Schon deshalb solle man es es unterlassen, vor „über 70 Mitgliedern darüber in dieser Form zu sprechen.“ (s. o.).

Zoola antwortet: „Und bei allem was die sich so leisten, ist das denk ich ganz normal das man da Mordfantasien bekommt! Wenn dies nicht so wäre, dann hast du s nicht verstanden!! Ganz einfach! Denn es MUSS einen Weg geben,

der es ermöglicht denen für immer und ewig denen den Garaus macht!!!“ (s. o).

Zoola und Igor sollen laut Apollo News bis heute Mitglieder dieser Chat-Gruppe sein. Keiner der Mitglieder der Chat-Gruppe habe den Sachverhalt zur Anzeige gebracht. Auch sei intern keine Konsequenz erfolgt (s. o).

Apollo News berichtet weiter, dass die Mitglieder darüber diskutiert haben, wie sinnvoll Gewaltaktionen sein können. Ein führendes Mitglied der „Letzte Generation“, das sich „Thomas Großes Zebra“ nennt, habe geschrieben, bei Gewaltaktionen sollen „keine Letzte Generations-Banner“ eingesetzt werden. „In der Kommunikation“ sollen die als „selbstmotivierte Taten (gerne auch mit dem Motiv ‚Verzweiflung‘, was zur Lage in Lützerath ja durchaus aus passend angesehen werden kann)“ dargestellt werden. Dann habe er gefragt, wo Sabotageaktionen sinnvoll seien können. Er habe auch schon mit einem szenebekanntem Journalisten gesprochen, der sei von der Idee angetan: „Machen ... Dieser drecks Verein ... Die drecksdinge sind überall“. Laut Apollo News dulde die „Letzte Generation“ faktische Gewalttaten, solange diese nicht unter dem Zeichen der Bewegung stattfinden (s. o).

Der Klimaaktivist Tazio Müller hatte bereits 2021 gegenüber dem „Spiegel“ gesagt: „Wer Klimaschutz verhindert, schafft die grüne RAF“ (www.t-online.de/nachrichten/klima-und-umwelt/id_100096148/-gruene-raf-klimaaktivist-tazio-mueller-zeigt-reue.html). Mittlerweile hat sich Tazio Müller von dieser Äußerung zwar distanziert, der von Apollo News aufgedeckte Chat-Verlauf der „Letzten Generation“ zeigt aber, wie tief verwurzelt die Idee einer grünen RAF bei den Aktivisten zu sein scheint:

In einer Art „Grüne Armee Fraktion“-Manifest, das im Chat verbreitet wurde, heißt es: „Die LG ist nicht Radikal genug und viel zu friedlich deswegen müssen jetzt mal andere Saiten aufgezogen werden... Wir haben keine Angst vor dem Klimawandel, wir sind Wütend weil sich immer noch über Aktionsformen gestritten wird und nicht gehandelt. Wir handeln nicht aus Verzweiflung aber aus Verwirrung weil alles so absurd ist.“ Im Chat ist ein Bild mit einem RAF-Zeichen im Stile des RAF-Fotos von Hanns Martin Schleyer abgebildet. Zunächst soll ein Lauch „entführt“ werden, den die Mitglieder des Chats „Dobrindt“ nennen (apollo-news.net/letzte-generation-diskutierte-sprengstoff-beschaffung-und-anschlaege-auf-politiker/).

Gleichwohl erklärte der Präsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz im November 2022: „Ich erkenne jedenfalls gegenwärtig nicht, dass sich diese Gruppierung gegen die freiheitlich demokratische Grundordnung richtet, und insofern ist das kein Beobachtungsobjekt für den Verfassungsschutz“ (www.faz.net/aktuell/politik/inland/haldenwang-stuft-letzte-generation-als-nicht-extremistisch-ein-18467352.html).

Auch aktuell stuft der Präsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz die „Letzte Generation“ nicht als extremistische Gruppierung ein (www.stern.de/news/verfassungsschutz-sieht-letzte-generation-nicht-als-extremistische-gruppierung-33575250.html).

Aus dem aktuellen Bericht des Bundesamtes für Verfassungsschutz ist nicht ersichtlich, dass das Bundesamt für Verfassungsschutz eine Prüfung der „Letzten Generation“ als extremistisch bzw. verfassungsfeindlich vorgenommen hat (www.verfassungsschutz.de/SharedDocs/publikationen/DE/verfassungsschutzberichte/2023-06-20-verfassungsschutzbericht-2022.pdf?__blob=publicationFile&v=5).

Die „Letzte Generation“ arbeitet laut Medienberichten (www.berliner-zeitung.de/politik-gesellschaft/was-ist-denn-da-los-klimakleber-suchen-kontakt-zu-polizisten-li.371983) jetzt auch „eng“ mit der Polizei zusammen. Die Gruppierung hat eine Arbeitsgruppe „Polizeivernetzung“ gebildet. Angebliches Ziel dieser Arbeitsgruppe sei ein gegenseitiger Austausch und mehr Verständnis für die jeweiligen Positionen.

Die Zeitung „Welt am Sonntag“ berichtete (www.welt.de/politik/deutschland/plus246517742/Klimaaktivismus-Wie-die-Letzte-Generation-sich-mit-der-Pol

izei-vernetzt.html), das Bündnis erstreckte sich nach Polizeiangaben bereits über mehrere Bundesländer und Behörden und vergrößerte sich ständig. Inzwischen seien rund 100 Polizisten beteiligt. Dabei gehe es auch darum, der „Letzten Generation“ Polizeiarbeit zu erklären. An mehreren Polizeihochschulen im gesamten Bundesgebiet sollen bereits Veranstaltungen und Seminare mit Aktivisten der „Letzten Generation“ stattgefunden haben, so z. B. an der Berliner Hochschule für Wirtschaft.

1. Sind der Bundesregierung, insbesondere der Bundesministerin des Innern und für Heimat Nancy Faeser, dem Bundesministerium des Innern und für Heimat, dem Präsidenten des Bundesamtes für Verfassungsschutz Thomas Haldenwang und dem Bundesamt für Verfassungsschutz, die Chat-Verläufe der „Letzten Generation“, über die Apollo News berichtet, bekannt, und wenn nein, warum nicht?

Die Chatverläufe im Sinne der Anfrage sind der Bundesregierung und dem Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) bekannt.

2. Wurden die Chat-Verläufe der „Letzten Generation“, über die Apollo News berichtet, in die Bewertung der Gruppierung durch das Bundesamt für Verfassungsschutz einbezogen, und wenn ja, wie erklärt sich dann die Einschätzung der Gruppierung als „nicht extremistisch“?
3. Welche Tatsachen, Berichte, Aussagen und sonstigen Quellen wurden für die Bewertung der „Letzten Generation“ als „nicht extremistisch“ vom Bundesamt für Verfassungsschutz zugrunde gelegt (bitte nach Datum, Art der Quelle und Bewertung des Bundesamtes für Verfassungsschutz aufschlüsseln)?
4. Gab es eine (behördeninterne) Prüfung der Gruppierung „Letzte Generation“ hinsichtlich extremistischer Tendenzen, und wenn ja, in welcher Form (schriftlich oder nur mündlich, per Aktenvermerk), in welchem Umfang (Anzahl der ausgewerteten Quellen, Seitenzahl), welcher Zeitraum wurde in die Prüfung einbezogen, wer hat die Prüfung wann veranlasst?

Die Fragen 2 bis 4 werden im Sachzusammenhang beantwortet.

Das BfV sieht derzeit keine hinreichenden tatsächlichen Anhaltspunkte, um die Gruppierung „Letzte Generation“ als extremistisch einzuschätzen. Die Entwicklung der „Letzten Generation“ und ihre Aktionsformen werden durch das BfV fortlaufend geprüft.

Das BfV hat gemäß § 3 Absatz 1 Nummer 1 des Bundesverfassungsschutzgesetzes (BVerfSchG) den gesetzlichen Auftrag, Bestrebungen, die gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung gerichtet sind, zu beobachten. § 4 Absatz 1 Satz 1 Buchstabe c BVerfSchG definiert derartige Bestrebungen als politisch bestimmte, ziel- und zweckgerichtete „Verhaltensweisen in einem oder für einen Personenzusammenschluss, der darauf gerichtet ist, einen der in Absatz 2 genannten Verfassungsgrundsätze zu beseitigen oder außer Geltung zu setzen.“

Als Bestrebungen gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung sind daher solche anzusehen, die über die bloße Kritik an Verfassungswerten und Verfassungsgrundsätzen hinaus Aktivitäten zu deren Beseitigung (so die Entscheidungen des Bundesverwaltungsgerichts (BVerfGE) 113, 63 [81 f.]; BVerwGE 137, 275 Randnummer 61) oder zu einer Umgestaltung der Staats- und Gesellschaftsordnung in Richtung einer mit den Grundprinzipien der freiheitlichen demokratischen Grundordnung nicht zu vereinbarenden Ordnung entfalten (so BVerwGE 137, 275 Randnummer 40). Ob die Voraussetzungen für den Beobachtungsauftrag des BfV vorliegen, unterliegt einer fortlaufenden Be-

trachtung unter Einbeziehung aller vorliegenden Informationen. Weitergehende Informationen zu einer Organisation außerhalb der Verfassungsschutzberichte könnten Rückschlüsse auf den Aufklärungsbedarf, den Erkenntnisstand sowie die generelle Arbeitsweise des BfV zulassen.

Eine öffentliche Stellungnahme zu einer eventuellen nachrichtendienstlichen Bearbeitung von Gruppierungen würde Bearbeitungsschwerpunkte des BfV offenlegen. Dadurch könnten Abwehrmaßnahmen gegen die Bearbeitung durch Sicherheitsbehörden entwickelt werden. Die Erkenntnisgewinnung des BfV würde letztlich erschwert oder in Einzelfällen unmöglich gemacht werden. Dies würde die Funktionsfähigkeit des BfV nachhaltig beeinträchtigen. Nach sorgfältiger Abwägung des parlamentarischen Fragerechts mit den Folgen einer Beantwortung für die künftige Arbeitsfähigkeit und Aufgabenerfüllung des BfV ergibt sich, dass eine weitergehende Beantwortung – konkret hier zu einer möglichen Beobachtung der „Letzten Generation“ durch das BfV – nicht erfolgen kann. Aus der Abwägung der verfassungsrechtlich garantierten Informationsrechte des Deutschen Bundestages und seiner Abgeordneten mit den negativen Folgen für die künftige Arbeitsfähigkeit und Aufgabenerfüllung der Verfassungsschutzbehörden sowie den daraus resultierenden Beeinträchtigungen der Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland folgt, dass auch eine Beantwortung unter Verschlussachen (VS)-Einstufung, die in der Geheimschutzstelle des Deutschen Bundestages einsehbar wäre, ausscheidet. Im Hinblick auf den Verfassungsgrundsatz der wehrhaften Demokratie und die Bedeutung der betroffenen Grundrechtspositionen hält die Bundesregierung die Informationen der angefragten Art aus den oben ausgeführten Gründen für so sensibel, dass selbst ein geringfügiges Risiko des Bekanntwerdens unter keinen Umständen hingenommen werden kann.

5. Liegen der Bundesregierung oder den Bundesministerien bzw. den nachgeordneten Behörden Erkenntnisse darüber vor, in welchen Bundesländern die Polizei aktuell mit der „Letzten Generation“ vernetzt ist und mit der Polizei zusammenarbeitet, und wenn ja, wie bewertet die Bundesregierung diese Zusammenarbeit, welche Inhalte werden dort zwischen Polizei und „Letzter Generation“ vermittelt, wie hoch sind die Kosten für diese „Zusammenarbeit“, und wer zahlt diese?

Der Bundesregierung liegen keine Informationen zu einer „Vernetzung“ oder einer strukturellen „Zusammenarbeit der Polizeien des Bundes oder der Länder mit der Gruppierung „Letzte Generation“ vor. Nach hier vorliegenden Informationen ist bislang lediglich ein Einzelsachverhalt bekannt, in welchem eine Polizeibeamtin sich bei der Gruppierung engagiert hat.

6. Sind auch Bundesbehörden, insbesondere das Bundeskriminalamt, das Bundesinnenministerium und das Bundesamt für Verfassungsschutz mit der „Letzten Generation“ vernetzt und arbeiten mit dieser zusammen und veranstalten Veranstaltungen und Seminare, und wenn ja, seit wann, und welche Inhalte wurden wann und mit wem besprochen?

Der Bundesregierung liegen keine Erkenntnisse zu einer Vernetzung oder Zusammenarbeit mit der Gruppierung „Letzte Generation“ im Sinne der Fragestellung vor.

7. Gab es oder gibt es Gespräche oder sonstigen Austausch zwischen dem Bundesinnenministerium, dem Bundesamt für Verfassungsschutz, dem Bundeskriminalamt, anderen Behörden des Bundes und der Bundesregierung mit Aktivisten der Gruppierung „Letzte Generation“, und wenn ja, wann, und wer hat diese Gespräche bzw. diesen Austausch initiiert und vorgenommen?

Im Rahmen ihrer Aufgabenwahrnehmung werden auf allen Ebenen der Bundesministerien und ihrer Geschäftsbereichsbehörden Gespräche mit einer Vielzahl von Personen, Verbänden und Organisationen geführt. Eine lückenlose Auflistung von diesen Kontakten, den Umständen ihres Zustandekommens, allen Beteiligten und des Zweckes etwaiger Gespräche kann bei der Beantwortung der vorliegenden Frage nicht geleistet werden. Es kann insbesondere nicht ausgeschlossen werden, dass es am Rande von Veranstaltungen oder sonstigen Terminen zu einzelnen Kontakten gekommen sein könnte. Auch können durch Zeitablauf mögliche Kontakte gegebenenfalls nicht mehr nachvollzogen werden. Eine Verpflichtung zur Erfassung und jahrelangen Speicherung sämtlicher zustande gekommener Kontakte besteht nicht, und eine solche umfassende Dokumentation wurde auch nicht durchgeführt (siehe dazu die Vorbemerkung der Bundesregierung in der Antwort auf die Kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE. auf Bundestagsdrucksache 18/1174).

Die Beantwortung beschränkt sich auf den Zeitraum seit 1. Januar 2022. Es ergeben sich folgende Austausche oder Gespräche auf Leitungsebene der Ressorts, ihrer Geschäftsbereichsbehörden und des Bundeskanzleramtes im Sinne der Fragestellung.

Ressort	Vertreterin/ Vertreter	Datum des Treffens	Teilnehmende	Initiator des Treffens
Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK)	Parlamentarischer Staatssekretär Stefan Wenzel	12. Juli 2023	Letzte Generation, Students for Future, Schools for Future, Parents for Future, Health for Future, Verein Zukunft für Kinder, Scientists for Future, Europäische Energiewende Community, Bündnis Bürgerenergie, Umweltbundesamt	Verein Zukunft für Kinder
BMWK	Dr. Robert Habeck in seiner Funktion als MdB	4. Juli 2023	Letzte Generation	Initiator des Treffens ist nicht mehr nachvollziehbar.
BMWK	Bundesminister Dr. Robert Habeck	9. Juni 2023	Letzte Generation	Teilnahme an der Podiumsdiskussion auf dem 38. Deutschen Evangelischen Kirchentag
BMWK	Parlamentarischer Staatssekretär Stefan Wenzel	3. Mai 2023	Letzte Generation, Students for Future, Parents for Future, Omas for Future, Lawyers for Future, Psychologists for Future, Health for Future, Schools for Future, Verein Zukunft für Kinder, Klimaliste, Umweltbundesamt, Runder Tisch Erneuerbare Energien, Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung	Verein Zukunft für Kinder

Ressort	Vertreterin/ Vertreter	Datum des Treffens	Teilnehmende	Initiator des Treffens
BMWK	Parlamentari- scher Staats- sekretär Stefan Wenzel	27. April 2023	Letzte Generation, Students for Future, Parents for Future, Omas for Future, Lawyers for Future, Psychologists for Future, Health for Future, Schools for Future, Verein Zukunft für Kinder, Klima- liste, Umweltbundesamt, Runder Tisch Erneuerbare Energien	Verein Zukunft für Kinder
BMWK	Parlamentari- scher Staats- sekretär Stefan Wenzel	27. Febru- ar 2023	Letzte Generation	Letzte Generation
BMWK	Parlamentari- sche Staats- sekretärin Dr. Franziska Brantner	17. Januar 2022	Letzte Generation	Parlamentarische Staatssekretärin Dr. Franziska Brantner
Bundesministerium für Digitales und Verkehr (BMDV)	Bundesminister Dr. Volker Wissing	2. Mai 2023	Letzte Generation	Letzte Generation
Bundesministerium für Umwelt, Na- turschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz (BMUV)	Präsident Um- weltbundesamt	24. Januar 2023	Letzte Generation, Fridays for Fu- ture, Greenpeace sowie Extinction Rebellion	Präsident Umwelt- bundesamt
Geschäftsbereichs- behörden	Vertreterin/ Vertreter	Datum des Treffens	Teilnehmende	Initiator des Treffens
Bundespolizei- direktion Berlin	Vertreter der Bundespolizei- direktion	17. April 2023	Letzte Generation	Letzte Generation

8. Gab es oder gibt es Gespräche oder sonstigen Austausch zwischen dem Bundesinnenministerium, dem Bundesamt für Verfassungsschutz, dem Bundeskriminalamt, anderen Behörden des Bundes und der Bundesregierung mit Aktivisten der Klimabewegung, wie z. B. mit Fridays for Future, und wenn ja, wann, wer hat diese Gespräche bzw. diesen Austausch initiiert und vorgenommen, und mit welchen Aktivisten bzw. Gruppierungen fand und findet der Austausch statt?

Im Rahmen ihrer Aufgabenwahrnehmung werden auf allen Ebenen der Bundesministerien und ihrer Geschäftsbereichsbehörden Gespräche mit einer Vielzahl von Personen, Verbänden und Organisationen geführt. Eine lückenlose Auflistung von diesen Kontakten, den Umständen ihres Zustandekommens, allen Beteiligten sowie des Zweckes etwaiger Gespräche kann bei der Beantwortung der vorliegenden Frage nicht geleistet werden. Es kann insbesondere nicht ausgeschlossen werden, dass es am Rande von Veranstaltungen oder sonstigen Terminen zu einzelnen Kontakten gekommen sein könnte. Auch können durch Zeitablauf mögliche Kontakte gegebenenfalls nicht mehr nachvollzogen werden. Eine Verpflichtung zur Erfassung und jahrelangen Speicherung sämtlicher zustande gekommener Kontakte besteht nicht, und eine solche umfassende Dokumentation wurde auch nicht durchgeführt (siehe dazu die Vorbemerkung der

Bundesregierung in der Antwort auf die Kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE. auf Bundestagsdrucksache 18/1174).

Die Beantwortung beschränkt sich auf den Zeitraum seit 1. Januar 2022. Es ergeben sich folgende Austausche oder Gespräche auf Leitungsebene der Ressorts, ihrer Geschäftsbereichsbehörden und des Bundeskanzleramtes im Sinne der Fragestellung.

Ressort	Vertreterin/ Vertreter	Datum des Treffens	Teilnehmende	Initiator des Treffens
Bundeskanzleramt (BK-Amt)	Bundeskanzler Olaf Scholz und Staatssekretär Jörg Kukies	8. Novem- ber 2022	Jugendvertreter von verschie- denen, auch internationalen Klimaschutzorganisationen im Rahmen der COP 2022	JugendvertreterInnen
BK-Amt	Bundeskanzler Olaf Scholz und Staatssekretär Jörg Kukies	7. Novem- ber 2022	Fridays for Future – Gespräche am Rande der COP 2022	Fridays for Future
BK-Amt	Chef des Bundes- kanzleramts Wolfgang Schmidt	29. März 2022	Fridays for Future	Fridays for Future
BMWK	Bundesminister Dr. Robert Habeck	18. Juli 2023	Fridays for Future	Bundesminister Dr. Robert Habeck
BMWK	Parlamentari- scher Staats- sekretär Stefan Wenzel	12. Juli 2023	Letzte Generation, Students for Future, Schools for Future, Pa- rents for Future, Health for Fu- ture, Verein Zukunft für Kinder, Scientists for Future, Europäi- sche Energiewende Communi- ty, Bündnis Bürgerenergie, Um- weltbundesamt	Verein Zukunft für Kinder
BMWK	Parlamentarische Staatssekretärin Dr. Franziska Brantner	23. Mai 2023	Fridays for Future	Fridays for Future
BMWK	Parlamentari- scher Staats- sekretär Stefan Wenzel	3. Mai 2023	Letzte Generation, Students for Future, Parents for Future, Omas for Future, Lawyers for Future, Psychologists for Fu- ture, Health for Future, Schools for Future, Verein Zukunft für Kinder, Klimaliste, Umweltbun- desamt, Runder Tisch Erneuer- bare Energien, Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung	Verein Zukunft für Kinder
BMWK	Parlamentari- scher Staats- sekretär Stefan Wenzel	27. April 2023	Letzte Generation, Students for Future, Parents for Future, Omas for Future, Lawyers for Future, Psychologists for Fu- ture, Health for Future, Schools for Future, Verein Zukunft für Kinder, Klimaliste, Umweltbun- desamt, Runder Tisch Erneuer- bare Energien	Verein Zukunft für Kinder

Ressort	Vertreterin/ Vertreter	Datum des Treffens	Teilnehmende	Initiator des Treffens
BMWK	Bundesminister Dr. Robert Habeck	31. März 2023	Fridays for Future	Bundesminister Dr. Robert Habeck
BMWK	Bundesminister Dr. Robert Habeck	5. Septem- ber 2022	Fridays for Future	Initiator des Treffens ist nicht mehr nach- vollziehbar.
BMWK	Parlamentarische Staatssekretärin Dr. Franziska Brantner	3. Juni 2022	Fridays for Future	Fridays for Future
BMWK	Parlamentarische Staatssekretärin Dr. Franziska Brantner	21. Februar 2022	Fridays for Future	Fridays for Future
BMWK	Staatssekretär Sven Giegold	10. Februar 2022	Fridays for Future	Fridays for Future
Bundesministerium der Finanzen (BMF)	Bundesminister Christian Lindner und Staatssekre- tär Werner Gatzert	25. Oktober 2022	Fridays for Future	Fridays for Future
Auswärtiges Amt (AA)	Bundesministerin Annalena Baerbock und Staatssekretärin Jennifer Morgan	6. bis 18. Novem- ber 2022	Fridays for Future – Gespräche am Rande der COP27, einschl. im Rahmen von Pavillon-Veran- staltungen und zivilgesellschaft- lichem Austausch	AA sowie Fridays for Future
AA	Bundesministerin Annalena Baerbock und Staatssekretärin Jennifer Morgan	2. und 3. Mai 2023	Fridays for Future, Teilnahme von Luisa Neubauer an einer Panel-Diskussion Petersberger Klimadialog	AA
AA	Bundesministerin Annalena Baerbock	29. März 2022	Fridays for Future bei Eröff- nung des Berlin Energy Transi- tion Dialogue	Fridays for Future
Bundesministerium für Arbeit und Sozia- les (BMAS)	Parlamentarische Staatssekretärin Kerstin Griese	10. Januar 2023	GermanZero e.V.	GermanZero e.V.
Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL)	Bundesminister Cem Özdemir	15. Juni 2022	Fridays for Future	Fridays for Future
BMDV	Bundesminister Dr. Volker Wissing	12. Mai 2022	Fridays for Future	Fridays for Future
BMUV	Parlamentari- scher Staats- sekretär Christian Kühn	10. März 2023	Parents for Future	Parents for Future
BMUV	Bundesministerin Steffi Lemke	2. Februar 2023	Fridays for Future	Teilnahme am ZEIT- Roundtable zum Thema „Anders grün. Warum der Osten ein eigenes ökologisches Narrativ braucht.“

Ressort	Vertreterin/ Vertreter	Datum des Treffens	Teilnehmende	Initiator des Treffens
BMUV	Präsident Um- weltbundesamt	24. Januar 2023	Letzte Generation, Fridays for Future, Greenpeace sowie Ex- tinction Rebellion	Präsident Umwelts- bundesamt
BMUV	Staatssekretär Stefan Tidow	24. Februar 2022	Fridays for Future	Fridays for Future
BMUV	Präsidentin Bun- desamt für Natur- schutz	22. Februar 2022	Fridays for Future	Präsidentin Bundes- amt für Naturschutz
Bundesministerium für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen (BMWSB)	Parlamentarische Staatssekretärin Cansel Kiziltepe und Parlama- ntarischer Staats- sekretär Sören Bartol	22. März 2022	Architects for Future	Initiator des Treffens ist nicht mehr nach- vollziehbar.

9. Hat die Bundesregierung Erkenntnisse darüber, ob die Generalbundesanwaltschaft Ermittlungen gegen Mitglieder der „Letzten Generation“ wegen Bildung krimineller Vereinigungen nach § 129 des Strafgesetzbuchs (StGB) bzw. wegen Bildung terroristischer Vereinigungen nach § 129a StGB aufgenommen hat?

Nach sorgfältiger Abwägung gelangt die Bundesregierung zu dem Ergebnis, dass sie aus Gründen des Staatswohls keine Auskunft – auch nicht in eingestufte Form – darüber erteilen kann. Das verfassungsrechtlich verbürgte Frage- und Informationsrecht des Deutschen Bundestages gegenüber der Bundesregierung wird insoweit durch das gleichfalls Verfassungsrecht genießende schutzwürdige Interesse des Staatswohls sowie durch das Interesse der verfassungsrechtlichen Gewährleistung einer funktionsgerechten und organadäquaten Aufgabenwahrnehmung durch die Strafverfolgungsbehörden begrenzt. Nach sorgfältiger und konkreter Abwägung der betroffenen Belange tritt das Informationsinteresse des Parlaments hinter den berechtigten Interessen an einer effektiven Strafverfolgung zurück. Das Interesse an der Gewährleistung einer funktionsstüchtigen Strafrechtspflege leitet sich aus dem Rechtsstaatsprinzip ab und hat damit ebenfalls Verfassungsrang. Die Verweigerung der Beantwortung kann weder als Verneinung noch als Bejahung des erfragten Sachverhalts gewertet werden.

